

Lorenz, Robert: *Protest der Physiker. Die „Göttinger Erklärung“ von 1957*. Bielefeld: Transcript - Verlag für Kommunikation, Kultur und soziale Praxis 2011. ISBN: 978-3-8376-1852-5; 402 S.

Rezensiert von: Simon Renkert, Institut für Geschichtswissenschaften, Humboldt-Universität zu Berlin

In der „Göttinger Erklärung“ von 1957 sprachen sich 18 namhafte Atomforscher gegen die Ausrüstung der Bundeswehr mit nuklearen Waffen aus und warnten nachdrücklich vor den Gefahren solcher Waffen. Damit gingen sie auf kritische Distanz zur Politik der Bundesregierung. Dies war weniger der Ausdruck staatsbürgerlicher Zivilcourage oder des Wahrnehmens einer „neuen“ Verantwortung der Wissenschaft, als vielmehr einem „karrieristische[n] Interesse am beruflichen Fortkommen“ geschuldet (S. 346). So ließe sich – zugegebenermaßen überspitzt – das Ergebnis von Robert Lorenz' Dissertation „Protest der Physiker“ zusammenfassen. Für seine Arbeit wird Lorenz an diesem Wochenende mit dem Förderpreis „Opus Primum“ der VolkswagenStiftung ausgezeichnet.

Ähnlich wie die „Göttinger Sieben“ von 1837 werden auch die „Göttinger Achtzehn“ in zeitgenössischen Verantwortungsdiskursen bis heute gern als Markenzeichen herangezogen. In der Universitätsstadt Göttingen existiert, so Lorenz, in Bezug auf das Manifest der Atomwissenschaftler „eine weitgehend kritiklose Erinnerungskultur“ (S. 26). Als biographische Episode beteiligter Akteure oder als politisches Einzelereignis ist der Protest durchaus bekannt. Bislang fehlte jedoch eine kritische Monographie, die die Göttinger Erklärung zeithistorisch einordnet. Lorenz gelingt es, ein differenziertes Bild dieses Manifests und der damit verbundenen Motive entstehen zu lassen.

Wichtige Erfolge der Göttinger Erklärung waren, so erkennt es auch Lorenz an, die „demokratieförderlichen Verdienste und zivilgesellschaftlichen Leistungen“ (S. 121). Zum einen legte das Manifest die Pläne der „Bonner Hinterzimmerpolitik“ hinsichtlich einer atomaren Aufrüstung offen, zum anderen leisteten die Autoren naturwissenschaftliche

Aufklärung über die Gefahren von Atomwaffen. Der Forderung der Physiker, dass die Bundesregierung einen Verzicht auf die Herstellung und den Besitz nuklearer Waffen beschließen müsse, erregte in der jungen Bundesrepublik große Aufmerksamkeit. Die Erklärung war Prolog und Bezugsdokument der Anti-Atombewaffnungsproteste von 1957/58. Lorenz ist zuzustimmen, wenn er die Göttinger Erklärung als Schrittmacher eines beginnenden Umbruchs bewertet – vom „Konsensjournalismus“ (Christina von Hodenberg) zum kritischen Journalismus, von der Kanzlerdemokratie zur partizipativen Demokratie. Er analysiert die Erklärung in zwei großen Hauptabschnitten: Einerseits im Hinblick auf ihre Entstehungs- und Erfolgsbedingungen (Kapitel „Das Manifest“), andererseits im Hinblick auf die Beweggründe der 18 Wissenschaftler (Kapitel „Die Motive“).

Im ersten Teil nennt Lorenz Faktoren, die zum Erfolg der Göttinger Erklärung beitrugen. Er betont, dass dem Manifest ein längerer Lern- und Diskussionsprozess über Form und Taktik des politischen Protests vorangegangen sei. Eine Grundvoraussetzung für die große und überwiegend positive Resonanz auf das Manifest war die Prominenz der Akteure, ihre Glaubwürdigkeit und ihre moralische Autorität.

Zutreffend verweist Lorenz in diesem Zusammenhang auf die von den Wissenschaftlern größtenteils selbst konstruierte „Kontinuität des Verweigerns“, die die im Göttinger Manifest enthaltene Verweigerung, an einer westdeutschen Atomwaffe mitzuarbeiten, implizit mit der Deutung einer widerständigen Haltung im „Dritten Reich“ verband. In der bundesrepublikanischen Gesellschaft existierte, so Lorenz, die populäre Suggestion einer kohärenten zivil-friedlichen Forschungstradition der deutschen Atomphysiker von den 1930er-Jahren bis in die 1950er-Jahre (S. 215). Bei Elisabeth Heisenberg las sich das noch 1980 so: „Dieses Manifest war, genau besehen, die konsequente Weiterführung der Haltung, die die verantwortungsbewußten Physiker auch während des Krieges eingehalten hatten; damals war sie aus dem Widerstand gegen eine unmoralische, verbrecherische Regierung entstanden [...]“¹ Wäh-

¹Elisabeth Heisenberg, Das politische Leben eines

rend des „Dritten Reiches“ gab es unter den späteren Manifestanten zweifellos verschiedene Einstellungen zu den nationalsozialistischen Machthabern, aber für eine grundsätzliche Verweigerungs- oder Sabotagedeutung finden sich in der Forschung keine Anhaltspunkte.² Die für die Genese der Erklärung maßgeblichen Wissenschaftler Heisenberg, Hahn und von Weizsäcker hielten keine strikte Distanz zum NS-Regime, sondern wählten laut Lorenz den für sie „komfortabelsten Weg einer begrenzten, [...] gefahrlosen Kooperation“ (S. 75). Die Erklärung war insofern ein Teil von „diskursiven und rhetorischen Strategien“³ zur Neubewertung der eigenen Vergangenheit. Man kann sie, wie Holger Nehring bemerkt hat, auch als einen „Akt der Selbst-Entnazifizierung“ interpretieren.⁴

In ihrem Manifest betonten die Atomphysiker, es sei „äußerst wichtig“, die „friedliche Verwendung der Atomenergie mit allen Mitteln zu fördern“. Lorenz versteht das Dokument daher auch als „Public-Relations“-Maßnahme für das In- und Ausland (S. 188-219). Zwischen friedlicher und kriegerischer Anwendung der Kernenergie sollte eine klare Trennlinie vermittelt werden. Schon zeitgenössisch keinesfalls unumstritten, war diese Differenzierung und die Ausblendung der Gefahren der zivilen Atomenergienutzung laut Lorenz „eine Fiktion, die es im Rahmen einer cleveren Kommunikationsstrategie aufzubauen galt“ (S. 194).

Im zweiten Teil, bei der Analyse der Motive, fokussiert Lorenz auf die für die Atomforscher entbehrungsreichen Nachkriegsjahre und die mentale Verfassung der Göttinger Achtzehn als Gruppe. Der einstige Status einer kernphysikalischen Elite von Welt-rang war nach 1945 vollständig verloren. Die schlagartige Erkenntnis der „Mittelmäßigkeit und Abgeschlagenheit“ (S. 292) nagte stark am Selbstwertgefühl der Naturwissenschaftler.⁵ Dieser Zustand sollte mit der Kernenergieforschung schnellstmöglich revidiert werden. Doch nach dem Empfinden der Forscher kam dies viel zu langsam in Gang, was sie in erster Linie der zögerlichen Vorgehensweise der Bundesregierung anlasteten. Der mit der Göttinger Erklärung verbundene Angriff auf die Bundesregierung war Ausdruck der Verdrossenheit der Wissenschaftler – als einer

„karrieristisch blockierten Gesellschaftsgruppe“ (S. 301) – gegenüber der Politik. Ohnehin nahmen die Physiker für sich eine besondere Art von Kompetenz in Anspruch, nämlich dass ihre wissenschaftlichen Verdienste sie zu einem politischen Mitspracherecht prädestinierten. Lorenz wertet das Manifest auch als eine „Usurpationsmaßnahme, ein[en] Versuch, sich mit dem Druck der Öffentlichkeit und der Legitimation nachweislichen Expertentums politischer Entscheidungsmöglichkeiten zu bemächtigen“ (S. 171).

Anhand einzelner Manifestanten zeigt der Autor, dass es nicht nur kollektive, sondern auch individuelle Motive für die Göttinger Erklärung gab. Werner Heisenberg hatte, so Lorenz, gegenüber Adenauer ein persönliches Revanchebedürfnis; die Beziehung zwischen ihnen war ein „einseitiges Nutzenverhältnis“ (S. 249). Die für viele der Göttinger Achtzehn unverständliche Entscheidung Adenauers, das erste deutsche Reaktorforschungszentrum nicht in München, sondern in Karlsruhe zu bauen, führte zum endgültigen Bruch Heisenbergs mit Adenauer. Verärgert und in seiner „dignitas“ (S. 260) verletzt, zog sich der Physiker aus der Atompolitik zurück. Lorenz sieht Heisenbergs Position als „exemplarisch für die sukzessiv aufgeladene Enttäuschung“ (S. 343) über die Adenauersche Atompolitik der 1950er-Jahre. Für alle Beteiligten war die Göttinger Erklärung ein willkommenes Dekor in ihrer Biographie. Einige von ihnen profitierten in starkem Maße vom durchschlagenden Erfolg des Manifests – so beispiels-

Unpolitischen. Erinnerungen an Werner Heisenberg, München 1980, S. 171f.

² Siehe dazu die Arbeiten Mark Walkers – etwa ders., *German National Socialism and the Quest for Nuclear Power 1939–1945*, Cambridge 1989, und zuletzt Dieter Hoffmann / Mark Walker (Hrsg.), *The German Physical Society in the Third Reich. Physicists between Autonomy and Accommodation*, Cambridge 2011.

³ Lorenz bezieht sich hier auf Mitchell Ash.

⁴ Holger Nehring, *Die nachgeholte Stunde Null. Intellektuelle Debatten um die Atombewaffnung der Bundeswehr 1958–1960*, in: Dominik Geppert / Jens Hacke (Hrsg.), *Streit um den Staat. Intellektuelle Debatten in der Bundesrepublik 1960–1980*, Göttingen 2008, S. 229-250, hier S. 235.

⁵ Hierzu auch aufschlussreich: Klaus Hentschel, *Die Mentalität deutscher Physiker in der frühen Nachkriegszeit (1945–1949)*, Heidelberg 2005 (rezensiert von Rainer Eisfeld, 22.5.2006: <<http://hsozkult.geschichte.hu-berlin.de/rezensionen/2006-2-123>> [12.10.2011]).

weise Carl Friedrich von Weizsäcker. Für den Organisator und Initiator der Erklärung war diese der „Türöffner zu einer neuen Karriere“ als international geschätzter Friedensdenker und Atomphilosoph (S. 263-289).

Auch wenn die jeweiligen Motive und Motivgruppen, die Lorenz den Verfassern der Göttinger Erklärung zuordnet, in der Forschung nicht völlig neu sind – seine Perspektiven und Akzentuierungen sind es durchaus. Mithilfe eines methodisch überzeugenden Konzepts gelingt es ihm, die ambivalente Motivationslage zu dekonstruieren, ohne die Beteiligten zu denunzieren. Man muss nicht mit allen Gewichtungen übereinstimmen, um anzuerkennen, dass diese Monographie überfällig war. Kenntnisreich, sprachlich anregend geschrieben und auf dem Stand der neuesten Forschung, hat Robert Lorenz einen wichtigen Beitrag zur Protest- und Wissenschaftsgeschichte der frühen Bundesrepublik geleistet.

HistLit 2011-4-055 / Simon Renkert über Lorenz, Robert: *Protest der Physiker. Die „Göttinger Erklärung“ von 1957*. Bielefeld 2011, in: H-Soz-Kult 21.10.2011.